

## Podiumsdiskussion

mit **Astrid Henke**, Stellvertretende Landesvorsitzende der Lehrgewerkschaft GEW; **Horst Hesse**, Terre des hommes Deutschland; **Uta Amer**, Friedensnetzwerk Kreis Pinneberg und einem Vertreter der **Bundeswehr** (angefragt)

Schirmherrin: Bürgermeisterin der Stadt Elmshorn, Dr. Brigitte Fronzek



# Schulfrei für die Bundeswehr!

**Derzeit findet ein massiver Werbefeldzug der Bundeswehr mit dem Ziel der Rekrutierung Jugendlicher an Schulen statt.**

Mit der Umstrukturierung der Bundeswehr, weg von der Landesverteidigung - hin zu weltweiten Einsätzen (z.B. in Afghanistan), geht die Anzahl, der sich „auf Zeit“ verpflichtenden Soldaten, kontinuierlich zurück. Bereits in den letzten Jahren wurden daraufhin die Werbemaßnahmen forciert. Bei zahlreichen Anlässen zum Thema Spiel, Sport und Freizeit zeigt die Bundeswehr Präsenz. Sie tritt in Fernsehen und Internet, bei Messen und dem Arbeitsamt als vermeintlich attraktiver Ausbilder und Arbeitgeber auf.

Die Abschaffung der Wehrpflicht erscheint oberflächlich betrachtet als ein Schritt zur zaghaften Entmilitarisierung. Tatsache ist aber, dass nur wenige teuer ausgebildete Wehrpflichtige ihre berufliche Zukunft beim Militär gesehen hatten und durch die Aussetzung Gelder und Kapazitäten frei werden, die „effizienter“ in Zeit- und Berufssoldaten investiert sind – der Umbau zur „Berufsarmee im Einsatz“ wird beschleunigt. Die Anzahl der Soldaten, die dann für Auslandseinsätze zur Verfügung stehen, soll deutlich erhöht werden, wodurch auch der Druck bei der Nachwuchswerbung steigt. Anfang des Jahres wurde deshalb der bereits Millionen Euro umfassende Werbeetat weiter erhöht. Die Rekrutierung Jugendlicher an deutschen Schulen soll weiter verstärkt werden.

Bereits 2009 erreichte die Bundeswehr 700.000 Jugendliche – darunter auch erst 11-Jährige – an Schulen durch Werbeveranstaltungen von Jugendoffizieren und Wehrdienstberatern. Allein rund 1000 freiwillige 17-Jährige lassen sich jedes Jahr von der Bundeswehr verpflichten – denn die Musterung ist schon mit 16 Jahren möglich. Das verstößt gegen internationale Kinderrechte, ihren Schutz und jeden Anstand.

Diese Entwicklung muss kritisch diskutiert und gestoppt werden!

Das vermeintliche Lösen von Konflikten mit militärischer Gewalt widerspricht nicht nur dem UNO-Völkerrecht sondern auch der an unseren Schulen gepflegten Kultur und unseren Erziehungsidealen. Außerdem widerspricht es dem im Schulgesetz formulierten Erziehungsziel, dass schulische Bildung zum gewaltfreien Zusammenleben und zur verpflichtenden Idee der Völkergemeinschaft erziehen soll.

**Donnerstag, 1. September 2011,  
19:00 Uhr, Elmshorn, Erich Kästner  
Gemeinschaftsschule (KGSE), Forum  
Elmshorn, Ramskamp/Hainholz**



Friedensnetzwerk  
Kreis Pinneberg

